

„Wenn wir das präventiv machen, würde das alles viel, viel billiger“

Stefan Brunnhuber ist ärztlicher Direktor, Soziologe und forscht zur Nachhaltigkeit – als Mitglied des Club of Rome und des Beirats Sustainable Finance rät er zu Radikalität.

Professor Brunnhuber, in welchem Ausmaß können Finanzmärkte die ökologische Transformation beeinflussen?

Wir haben in der Nachhaltigkeitsdebatte, wenn man als Benchmark den Bericht an den Club of Rome 1972 („Die Grenzen des Wachstums“) heranzieht, so ziemlich alles diskutiert: Technologie, Fahrradfahren, Governance, Bevölkerungspolitik. Und dabei so ziemlich alles umgedreht. Aber wir haben uns eine Frage nicht herangetraut: Könnte es sein, dass der wichtigste Faktor dafür, dass Nachhaltigkeit gelingt oder scheitert, die Architektur des Geld- und Finanzsystems ist?

Im Bericht kommt das Finanzwesen kaum vor. Warum sehen sie es im Fokus? Wir haben im Wissenschaftsbetrieb erst vor wenigen Jahren angefangen, die Bedeutung internationaler Finanzmärkte zu berücksichtigen. Geld wurde nur betrachtet als ein neutrales Zahlungsmittel, welches wie ein Thermometer die Temperatur (Preise) misst. Seit dem Ende des Währungssystems von Bretton Woods Anfang der Siebzigerjahre hat sich die Finanzarchitektur grundlegend geändert. Lange haben wir gesagt: Die Finanzen treiben die Nachhaltigkeit voran. Heute müssten wir fordern: Nachhaltigkeit treibt die Finanzen voran. Mit dieser Sichtweise können unzählige Finanzprodukte entstehen.

Es gab Ökonomen wie Hans Christoph Binswanger oder den Doktorvater Josef Ackermann, der das Finanzwesen thematisiert hat. Warum ist das nicht Mainstream geworden?

Binswanger hat die Zinseszinsproblematik im Rahmen der Wachstumsdynamik kritisiert, hat aber nicht die Bedeutung des Finanzsektors im Blick gehabt. Bei vielen Investitionsentscheidungen ist die Zinsthematik relativ nachgeordnet oder irrelevant – etwa für einen Mittelständler, der in Afrika investiert. Die Frage ist, wie gelingt uns eine grüne Transformation? Und da spielen systemische Risiken und die Frage, wo das Geld dafür herkommen soll, eine zentrale Rolle.

Der „Green Deal“ der Kommission Ursula von der Leyens versucht, per Regulierung Finanzunternehmen dahin zu lenken, dass die Investition in nachhaltige Strukturen profitabler ist. Ist das für Sie eine Lösung?

Diese Debatte über Taxonomie und Nachhaltigkeitsberichte, die Unterscheidung zwischen braunen und grünen Investitionen ist extrem wichtig. Aber man muss sich sagen: Durch die zusätzliche Bürokratisierung und Überregulierung entstehen hohe Opportunitätskosten.

Den Anforderungen an die EU-Nachhaltigkeitsberichterstattung kann sich kein Unternehmen entziehen. Wird das Geldströme lenken?

Der entscheidende Zeithorizont sind die nächsten 10 bis 15 Jahre. Wir sprechen nicht über 100 Jahre. Also muss jetzt etwas Grundlegendes passieren. Bedeutende Teile der Industrie – etwa Zement, Aluminium, Papier – werden nicht ohne Emissionen auskommen. Sie zum Wechseln zu bringen benötigt ganz andere Strategien. Wenn wir das zu Ende denken, sind die Finanzmittel schlicht zu gering. Die CO₂-Kurve der letzten 50 Jahre geht nicht zurück, sondern im Gegenteil nach oben. Der CO₂-Gehalt in der Atmosphäre ist ein globales Gut, eine negative Externalität. Wenn wir sie hier einsparen, geht es an anderen Stellen nach oben. Das wird so nicht funktionieren.

Die Finanzwirtschaft muss auch Rendite erwirtschaften. Ist sie nicht mit der Aufgabe überfordert, Geldströme zu lenken?

Die Finanzbranche operiert innerhalb von Regeln. Wenn Sie mit einem institutionellen Investor am Tisch sitzen, dann sagen jene, ob wir einen Baum pflanzen oder ein Loch graben, ist für uns nicht entscheidend. Wir müssen aber Pensionsansprüche für Millionen von Babyboomern sichern. Auch Saudi Aramco sagt: Im Kern ist es uns egal, wir haben Renditeerwartungen und Eigentumsansprüche einzupreisen. Aber wir müssen die Finanzarchitektur so gestalten, dass Investoren wie Blackrock und Aramco Bäume pflanzen. Derzeit laufen wir Gefahr, immer die heiße Kartoffel an den nächsten zu übergeben. Dann ist es Aramco, Blackrock, der globale Norden oder der Konsument. Am Ende ist niemand verantwortlich.

Sie meinen, nur mit Zentralbankgeld könne man genug Feuerkraft erzielen. Alle Steuerideen, die wir derzeit haben, von Unternehmensbesteuerung bis zur



Der Aufbau Afrikas, der Schutz vor ökologischen Folgen und Geldpolitik gehören für Brunnhuber zusammen. Foto: Mauritius

internationalen Tobin-Steuer werden für den nachhaltigen Umbau nicht ausreichen. Die Tobin-Steuer auf Finanztransaktionen würde vielleicht 20 bis 50 Milliarden Dollar einbringen. Wir brauchen für den Transformationsprozess aber zusätzliche 5000 bis 7000 Milliarden Dollar im System, 5 bis 7 Prozent des Weltsozialbudgets an zusätzlicher Liquidität. Die UN-Nachhaltigkeitsziele sind auf weiten Strecken öffentliche Güter. Ungefähr ein Drittel davon lässt sich über die Mobilisierung von Privatkapital machen – also von Blackrock oder der Allianz. Wir müssen aber aufpassen, dass wir nicht unsere komplette Zukunft privatisieren. Aus vier Jahrzehnten evidenzbasierter Public-Health-Forschung wissen wir, dass jede Sekundärprävention billiger ist als eine nachträgliche Reparatur. Das ist in der Finanzökonomie noch nicht angekommen.

Und das rechtfertigt einen nie dagewesenen Geldeinsatz jetzt?

Wir als Weltgemeinschaft können den künftigen Schaden als gesetzt voraussetzen. Er wird in den kommenden Jahren mit hundertprozentiger Sicherheit eintreten und exponentielle Kosten mit sich bringen. Aus dem Gesundheitswesen wissen wir, dass in einer solchen Situation eine Investition in die relative Reduzierung der anstehenden Kosten sinnvoll ist. Wer Diabetes hat, wird einen Schaden haben, aber wenn Sie Präventivmaßnahmen ergreifen, sind die Kosten deutlich niedriger, als wenn Sie gar nichts tun.

Um Zementwerke am Leben zu halten, wird man sehr viel öffentliches Geld in die CO₂-Abscheidung investieren müssen. Wo soll das herkommen?

Lassen Sie es mich noch anschaulicher am Lieferkettengesetz illustrieren: Ein Mittelständler baut ein Werk in Afrika, stellt aber fest, dass die Mitarbeiter um einen Dollar unterhalb des sozialen Stundenminimums liegen. Er hat seit 20 Jahren stabile Wertschöpfungsketten in den globalen Süden aufgebaut. Um seine minderjährige Beschäftigte zu bezahlen, muss er ihren Lohn erhöhen oder sich aus dem Markt verabschieden. Dann ersetzen ihn aber Chinesen oder Russen. Das Unternehmen kann nichts dafür, dass das Mädchen einen Euro zu wenig verdient. Stellen nun die Europäische Zentralbank (EZB) und die Europäische Entwicklungsbank wie 2008 und 2011 eine Fazilität zur Verfügung, dann ließen sich Sozialstandards einhalten. Denn es handelt sich nicht um eine individuelle unternehmerische Externalität, sondern eine kollektive. Das heißt: Im jetzigen Transformationsprozess schlägt Geldpolitik die Fiskalpolitik und die bloße Regulierung.

Jeder Unternehmer würde erst einmal seine Löhne senken, um zu profitieren. Nicht wenn wir digitalgestütztes Zentralbankgeld haben, das Blockchain-basiert ist und solche Transaktionen zum Stichtag rekonstruieren kann. Wenn zum Stichtag statt 1 nun 2 Dollar zu wenig gezahlt wurden, muss das Unternehmen

dort gewährleisten, dass das Geld ankommt. Der regulatorische Aufwand ist geringer und der ökonomische Nutzen höher. Damit es auch für die Transformation genutzt werden kann, sind zwei Mechanismen wichtig. Für kollektive Externalitäten müssen wir alle Verantwortung übernehmen. Es braucht aber zudem Hedginginstrumente, um privates Kapital zu mobilisieren.

Uns fehlt schon die Finanzierung für Radwege. Welcher Politiker stellt sich hin und sagt, wir ertüchtigen Blackrock mithilfe von EZB-Mitteln?

Dieser Vorschlag ist jedoch mit Abstand der billigste. Jeden Monat, den wir warten und darauf hoffen, dass irgendjemand irgendwas macht, wird irrsinnig teuer. Man bräuchte sieben Zentralbanken auf der Welt. Das wäre innerhalb des EZB-Mandats und der Lissabonner Verträge machbar. Wo ist das öffentliche Geld für den Pandemiefonds hergekommen? Keiner hat Steuern erhöht oder bei Blackrock angerufen. Notenbanken haben ihre Bilanzen verlängert. Wenn wir das präventiv machen, würde das alles viel billiger werden.

2008 und danach ging es darum, einen dysfunktionalen Geldmarkt zu stabilisieren. Inflation und Deflation wurden überwacht. Geschieht das nicht, gibt es einen riesigen inflationären Schub.

Experten, die sich mit Epidemiologie, Statistik und Virologie beschäftigen, werden sagen, dass es zu 100 Prozent wieder eine Pandemie geben wird. Die Lasten von Corona waren enorm. Das lässt sich auf die ökologisch-soziale Transformation übertragen: Auch hier ließe sich mit Geld abfedern, was sowieso kommt.

Sie reden bei Ihrem Vorschlag nicht über 50 Milliarden, sondern über 7000 Milliarden Euro.

Internationale Investoren haben ein intrinsisches Geschäftsinteresse, die nächsten 30 Jahre Geld zu verdienen. Das können sie am besten, wenn Afrika einen Boom erlebt. Und Lateinamerika? Was würde es kosten, die Amazonas-Region zu schützen? Vielleicht 500 Milliarden Dollar. Die Externalitäten ihrer Zerstörung sind weltweit um ein Vielfaches höher. Stellen Sie sich vor, Europäer, Chinesen, Japaner und Amerikaner würden einen Währungsswap zur Verfügung stellen, der daran geknüpft ist, dass der Regenwald nicht mehr abgeholzt wird. Das kostet zwar auch alles Geld, aber es ist viel, viel billiger, als zu warten, bis Bill Gates sagt: Ich mache eine Spende. Oder auf die Straße zu gehen, sich festzukleben und zu warten, dass irgendjemand irgendwas macht. Auf all das könnten wir uns schneller einigen. Aber zugegeben, es ist ein „Out of the box“-Ansatz.

Dass Chinesen mit Amerikanern gemeinsame Sache machen, scheitert an ihren schlechten Beziehungen.

Der kleinste gemeinsame Nenner ist ein Upgrade zu einem Bretton Woods 2.0, weil

wir sowieso alle das Geldsystem nutzen. Wenn wir warten, bis wir uns politisch einig sind, ist das Licht ausgegangen. An einem funktionstüchtigen Finanzsystem, das Nachhaltigkeit ermöglicht, haben wir alle Interesse, unabhängig von der politischen Agenda, ob sie nun in einer offenen Gesellschaft oder einer Autokratie leben.

Biodiversität in tropischen Regenwäldern zu schützen ist fürs Überleben auf dem Planeten wichtig. Aber ist es eine fiskalische Aufgabe? Zentralbanken können nicht über Prioritäten entscheiden.

Alle Maßnahmen sind innerhalb des Mandats gerechtfertigt, wenn Zentralbanken anfangen, die potentielle Preisspirale, die auf uns zukommt, jetzt auch in Teilen zu berücksichtigen. Fiskalpolitisch haben wir dagegen immer einen Tisch Tuch-Effekt, der den einen etwas entzieht, was er über einen Lenkungseffekt anderen gibt, dann aber dem ersten für die notwendige eigene Transformation nicht zur Verfügung steht. Wir brauchen zusätzliche, aber konditionierte Liquidität am Markt. Das ist der Unterschied zu 2008, wo es darum ging, das Bankensystem zu retten. Es geht jetzt darum, in einer Präventivmaßnahme Kosten, die schon ausgelöst sind, so gering wie möglich zu halten. „Taxing the rich“ wird dafür nicht ausreichen.

Blackrock ist einer der potentesten Finanzkonzerne. Wieso sollte man Geld nehmen, um Garantien bereitzustellen, damit er so handelt, wie es für die Zukunft der Menschheit wichtig wäre?

Hinter Blackrock und anderen stehen vielleicht 60 bis 80 Millionen Babyboomer, die ihr ganzes Leben lang Geld auf die Seite gelegt haben, um jetzt in den nächsten 10 oder 15 Jahren in Pension zu gehen. Ich habe kein Problem damit, dass Blackrock 500 Milliarden zur Aufforstung der Sahara in einer öffentlich-privaten Partnerschaft investiert. In den Subsahara-Ländern würden 800 Krankenhäuser helfen, um Migrationsströme nach Europa zu senken. Wenn nun durch EZB, EIB oder Weltbank eine erste Verlustbranche abgesichert würde, könnte Blackrock den Schritt wagen und Krankenhäuser finanzieren. Wenn wir uns einig sind, dass wir ein Zeitfenster von 10 bis 15 Jahren haben und Privatkapital mobilisieren wollen, werden wir an einer monetären Fazilität nicht vorbeikommen.

Blackrock-Chef Larry Fink hat gesagt, er wolle die Welt nicht retten. Wer hat genug Macht und kann Druck ausüben?

Sieht die internationale Notenbankerszene diese Rolle bei der EZB und den Finanzministerien Deutschlands und Frankreichs. Eine Diskussion über ein grünes Bretton Woods 2.0 werden wir früher oder später sowieso haben. Wir können stattdessen auch noch zehn Jahre darüber streiten, ob wie eine Tobin-Steuer einführen. Aber das wird alles sehr teuer. Wenn wir die Spielregel ändern, wird es billiger.

In gewissen Kreisen gilt die sozial-ökologische Transformation als planwirtschaftlich, der Club of Rome als suspekt. Ist Ihre Idee nicht zutiefst illiberal?

Es wird um mehr Markt und um mehr Staat gehen. Aber Märkte, die wirklich Verantwortung übernehmen, indem sie Kosten und Externalitäten internalisieren und tragen, und eine öffentliche Hand, die proaktiv und partnerschaftlich agiert, indem sie systematische Risiken trägt. Das ist kein Widerspruch zur liberalen Agenda, sondern es ist ihr Upgrade unter Berücksichtigung von mehr systemischer Verantwortung. Der Mittelständler, der in der Subsahara investiert ist, der will die Verantwortung übernehmen und dem Mädchen einen Dollar mehr bezahlen, damit es nicht in Not gerät, sondern einen Collegeabschluss macht. Mit diesem Upgrade werden wir Liberalismus im 21. Jahrhundert definieren müssen.

Das Gespräch führten Philipp Krohn und Inken Schönauer.

Zur Person

In einer Zeit, in der andere ein Buch schreiben, veröffentlicht Stefan Brunnhuber fünf. So viele sind es zwischen 2021 und 2025: zur sozial-ökologischen Transformation, zum Umbau des Finanzsystems und zur Frage „Freiheit oder Zwang? Wer kann Nachhaltigkeit besser“. Er ist 1962 in Augsburg geboren, lernte Kfz-Mechaniker, studierte Medizin, promovierte doppelt mit Arbeiten über Freud und Popper, trat in die FDP ein, wurde Vollmitglied der Denkfabrik Club of Rome und berät die Bundesregierung mit dem Sustainable Finance Beirat.



Stefan Brunnhuber Foto: Picture Alliance

NEUES VOM ANLEIHEMARKT

Höhere Zinsen treiben Unternehmensverschuldung

Jeden Sommer veröffentlicht die Fondsgesellschaft Janus Henderson ihren „Corporate Debt Index“. Dieser misst Trends in der Verschuldung der größten Unternehmen der Welt. Basis sind 933 Nicht-Finanzunternehmen aus dem „Global Dividend Index“ der Gesellschaft, der die nach Marktkapitalisierung größten 1200 Unternehmen der Welt enthält.

Nachdem diese zwischen dem 1. Juli 2023 und dem 30. Juni 2024 netto 378 Milliarden Dollar an neuen Krediten aufgenommen haben, ist die Verschuldung dieser Unternehmen demnach auf ein Rekordniveau von 8,18 Billionen Dollar gestiegen – unter Berücksichtigung der Inflation ein Plus von knapp 5 Prozent und damit ein geringerer Anstieg als im vorangegangenen Vergleichszeitraum sowie weit weniger als in den Jahren vor der Corona-Pandemie.

Ein großer Treiber waren Übernahmen, deren Anteil nach Schätzung von Janus Henderson für gut die Hälfte des Anstiegs gesorgt hat. Des Weiteren haben vor allem Automobilhersteller Kredite aufgenommen, um den mit den steigenden Verkaufszahlen höheren Bedarf an Betriebskapital zu decken, insbesondere in der Fahrzeugfinanzierung. Einige andere Unternehmen aus verschiedenen Branchen, darunter Chevron, Engie oder Equinor, habe es an Mittelzuflüssen gemangelt, um versprochene Dividendenausschüttungen und Aktienrückkäufe zu finanzieren, weswegen diese auf Kredite zurückgegriffen hätten. Immerhin seien die Dividenden der Unternehmen im Corporate Debt Index im Betrachtungszeitraum auf ein Rekordniveau von 1,08 Billionen Dollar gestiegen. Darüber hinaus haben die Gesellschaften stattdelle 667 Milliarden Dollar für Aktienrückkäufe ausgegeben. Das sei zwar weniger als in der Vorperiode gewesen, aber im historischen Vergleich sei es immer noch viel. Allein die sieben größten Technologieunternehmen haben 210 Milliarden Dollar für Dividenden und Aktienrückkäufe aufgewendet – obwohl ihre Mittelzuflüsse nur 52 Milliarden Dollar betragen hatten.

Mittlerweile machen sich die höheren Zinsen deutlich bemerkbar. Die Zinsausgaben der Unternehmen sind unter Berücksichtigung der Inflation um ein knappes Viertel auf ein Rekordniveau von 458 Milliarden Dollar gestiegen. Das waren immerhin 89 Milliarden Dollar mehr als vor Jahresfrist und der stärkste Anstieg seit Beginn der Erhebung im Zeitraum 2017/18. Da vor allem aufgrund eines niedrigeren Wirtschaftswachstums auf der Welt und der höheren Finanzierungskosten zudem die Profitabilität per saldo um 7,7 Prozent gesunken ist, hat auch das Verhältnis von Zinszahlungen und Verschuldung zu Gewinnen und Eigenkapital wieder zugenommen. Indes ist dieses weit davon entfernt, außergewöhnlich hoch zu sein. Vielmehr liegt es immer noch im langfristigen Durchschnitt.

Mit einem Plus von rund 40 Prozent am stärksten sind die Zinsen in Japan gestiegen. Diese seien nun mehr als doppelt so hoch wie im Zeitraum 2020/21, heißt es von Janus Henderson. Aufgrund der niedrigen Schuldenstände und der absolut gesehen immer noch niedrigen

Zinssätze sei dies aber für japanische Unternehmen kein großes Problem. Demnach sind diese im Durchschnitt zwar um rund 57 Prozent höher verschuldet als etwa ihre indischen Pendanten, haben aber nur rund 40 Prozent der Zinslast zu schultern.

Aufgrund des höheren Anteils der Bankverschuldung haben sich die gestiegenen Zinsen auch in Europa deutlich ausgewirkt. Der Schuldenstand der Unternehmen des Kontinents ist seit fünf Jahren in etwa gleich geblieben. Dennoch sind ihre Zinskosten unter Berücksichtigung der Inflation im Zeitraum 2023/24 wie schon in der Vorperiode um 28 Prozent gestiegen. Die Unternehmen in den USA spürten mit einem Anstieg dieser Kosten um 22,5 Prozent erstmals die straffere Hand der Notenbank. Grund ist, dass die Anleihezinsen nicht so rasch reagieren – und deren Refinanzierung nicht so rasch vorantreibt.

Janus Henderson rechnet damit, dass die Verschuldungskennziffern im kommenden Betrachtungszeitraum trotz wohl wieder niedrigerer Leitzinsen weiter steigen werden. Grund sei, dass neue Kredite dann immer noch teurer seien als die zu refinanzierenden Darlehen. Daher rechnet man bis Mitte 2025 mit einem Anstieg der Nettoverschuldung um 2,5 Prozent auf ein Rekordniveau von 8,38 Billionen Dollar. Die Unternehmen seien aber im Allgemeinen in der Lage, dies gut zu verkraften.

Platz eins unter den größten Schuldnern hat mit 196 Milliarden Dollar wieder Volkswagen erklommen – im Vorjahr war der Autohersteller auf Platz drei gerutscht. Die größten Geldbestände mit Investmentgrad-Rating und Laufzeiten von weniger als zehn Jahren den Vorzug. In den längeren Laufzeiten und bei Hochzinsanleihen deckten die Risikoauflage das höhere Risiko nicht ab, heißt es. Die mittlere Rendite von Hochzinsanleihen sei gegenüber dem Vorjahr von 7,3 auf 6,8 Prozent gefallen – zum einen, weil die Laufzeiten kürzer geworden seien, zum anderen aber auch aufgrund einer starken Investorennachfrage. Dies habe die Kurse noch stärker nach oben getrieben als die von Anleihen im Investmentgrad-Bereich.

Mehr Chancen für sinkende Risikoauflage als in den USA sieht man bei Janus Henderson in Europa. Hoffnung macht den Vermögensverwaltern auch der Trend zu rückläufigen Leitzinsen, die existierende Anleihen mit höheren Zinsen begehrenswerter erscheinen lässt. Die Risiken von Hochzinsanleihen bekamen Anleger Ende der Vorwoche einmal mehr vor Augen geföhrt. Preos, Bestandshalter von Büroimmobilien, teilte mit, dass das Oberlandesgericht Frankfurt den Antrag der Gesellschaft zur Umsetzung der Beschlüsse der Gläubigerversammlung vom Dezember abgelehnt hat – konkret die Senkung der Zinsen für die Wandelanleihe von 7,5 Prozent auf null Prozent. Nun sei ein Insolvenzantrag erforderlich. Nach den Worten der Preos-Anwältin Sonja Hoffmann ist die Gesellschaft leer. mho.

Die meisten Schulden, die größten Kassen

Unternehmen	Größte Schuldner 1)		Größte Barmittelbestände 1)	
	Schuldenstand 2023/24	Schuldenstand 2022/23	Barmittel 2023/24	Barmittel 2022/23
Volkswagen	196	164	Alphabet	81
Toyota	179	165	China Mobile	71
Verizon	172	172	Samsung Electronics	62
AT&T	152	154	Alibaba	61
Deutsche Telekom	150	153	Apple	38
Ford Motor	111	96	PDD Holdings	38
Charter Communications	98	98	Microsoft	32
Comcast	97	102	Meta	28
Mercedes-Benz	96	94	Taiwan Semiconductor	24
General Motors	94	82	Stellantis	21

Quelle: Janus Henderson Investors Corporate Debt Index 2024 (1) in Milliarden Dollar

52 Milliarden für Inflationsausgleich

dpa. BERLIN. Knapp 26 Millionen Beschäftigte in Deutschland haben zwischen 2022 und 2024 Inflationsausgleichsprämien in Höhe von mehr als 52 Milliarden Euro erhalten. Dies geht aus einer Studie des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der gewerkschaftsnahen Böckler-Stiftung hervor. Darin enthalten sind sowohl sozialversicherungsspflichtige Beschäftigte als auch Beamte. Die Zahlen stützen sich auf eine repräsentative Umfrage des IMK. Rund 23,9 Millionen, was etwa 69 Prozent der sozialversicherungsspflichtigen Beschäftigten in Deutschland entspricht, bekamen demnach eine oder mehrere Inflationsausgleichsprämien. Im Durchschnitt wurde den Beschäftigten 1953 Euro ausbezahlt.

Bekanntmachungen

CONSULATE GENERAL OF PAKISTAN
Commercial Wing, Beethovenstr. 4, 60325 Frankfurt am Main
Email: pakcom.frk@tdap.gov.pk, Tel.: +49 69 697697-0

INVITATION TO BIDS

The Trade Development Authority of Pakistan (TDAP), through the Commercial Wing, Consulate General of Pakistan, Frankfurt am Main invites sealed bids from European stand construction companies having valid construction licenses, insurance and necessary authorizations from exhibition centers in Germany. They must have at least 5 years of experience in building Country Pavilions at different international exhibitions in Germany for setting up Pakistan Pavilions at various trade fairs in Germany. Single stage-two envelope procedure shall be followed as provided in Public Procurement Rules, 2004 notified by the Government of Pakistan. This advertisement is also available at www.ppra.org.pk. Duly completed bidding documents must reach at the address given below on/before 04th August 2024 at 16:00 hrs. Bids will be opened on the same day at 16:30 hrs. Complete details/requirements/bidding documents can be requested on the email pakcom.frk@tdap.gov.pk or downloaded from https://www.pakistanfrankfurt.de/.

Consulate General of Pakistan
Eschenbachstraße 28, 60396 Frankfurt am Main
Ph: 069 95867850, Fax: 069 938678517